

Protokoll Nr. 7/2023
über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Nachhaltigkeit und Klimaschutz
Donnerstag, 23. November 2023 von 16:30 Uhr bis 20:00 Uhr
Energietreff der Stadtwerke, 31785 Hameln
Öffentliche Tagesordnungspunkte

Anwesend waren:

Stellv. Ausschussvorsitz

Bettina Schultze

Ausschussmitglied

Ines Buddensiek
Christian Fiebrandt
Dr. Markus Hedemann
Jan Hühnerberg (bis TOP 14)
Hagen Langosch
Hans-Günter Limberg
Dr. Matthias Loeding
Gerhard Paschwitz
Fabian Zörkendörfer

Es fehlte entschuldigt

Murat Bas
Andrea Brenker-Pegesa (BUND/NABU/ADFC)
Uwe Burhenne
Ruth Hegemann (Seniorenrat)
Thilo Meyer
Kristina Winter (KliMotion)

Vertretung für Ausschussmitglied

Birgit Albrecht (in Vertretung für Herrn Meyer)
Birgit Hart (in Vertretung für Herrn Burhenne)

Grundmandat

Klaus Pfisterer

Beratendes Mitglied

Andreas Egbers (BUND/NABU/ADFC) (in Vertretung für Frau Brenker-Pegesa)

Vertretung der Verwaltung

Hermann Aden (EStR)
Sven Szubin (FBL 5)

Gast

Reimann, Geschäftsführer des Planungsbüros hutterreimann landschaftsarchitektur gmbH (zu TOP 3)

Protokollführung

Julia Henschel, Abt. 51

Frau Schultze begrüßte alle Anwesenden und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Zu Beginn wurde eine Schweigeminute im Gedenken an den verstorbenen Ausschussvorsitzenden Thilo Meyer eingelegt.

Anschließend fand die Einwohnerfragestunde von 16:35 Uhr bis 16:39 Uhr statt.

Nachfolgend trat der Ausschuss in die Tagesordnung ein.

Vorlage	TOP	Öffentliche Tagesordnungspunkte
	1.	Genehmigung des Protokolls Nr. 5/2023 vom 31.08.2023 (Klimaschutzkonzept)
180/2023	2.	Genehmigung des Protokolls Nr. 6/2023 vom 04.10.2023
188/2023	3.	Baubeschluss – Europaplatz und Weserpromenade am Stockhof
187/2023	4.	Klimaangepasstes Waldmanagement - Verwendung der Fördermittel
209/2022-1	5.	Fortschreibung des Landschaftsrahmenplanes
135/2023	6.	Erneuerung der Straße „Finkenborner Weg“
191/2023	7.	Sanierung der Gemeindeverbindungsstraße Halvestorf/Hope/Haverbeck
179/2023	8.	Straßenreinigungsgebühren Fußgängerzone
	9.	Sachstandsbericht zu der Betriebsabrechnung 2022 der Friedhöfe
	10.	Haushaltsentwurf 2024
166/2022-1	11.	Energieeinsparung durch Nachtabstaltung der Straßenbeleuchtung in allen Hamelner Ortsteilen, Gewerbegebieten und an diversen Fuß- und Radwegen
166/2022-2	12.	Energieeinsparung durch Nachtabstaltung der Straßenbeleuchtung in allen Hamelner Ortsteilen, Gewerbegebieten und an diversen Fuß- und Radwegen
154/2023	13.	Zukünftige Verkehrsführung von der Goethestraße auf die Wilhelm-Busch-Straße
189/2023	14.	Liste der zu fallenden, das Stadtbild prägenden Bäume im Winterhalbjahr 2023/2024
186/2023	15.	Projektberichte zu Maßnahmen im Fachbereich Umwelt und technische Dienste
	16.	Mitteilungen der Verwaltung
	17.	Anfragen, Anregungen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder

TOP 1. Genehmigung des Protokolls Nr. 5/2023 vom 31.08.2023 (Klimaschutzkonzept)

Abstimmungsergebnis:

Ja: 10 Nein: 0 Enthaltung: 2

TOP 2. Genehmigung des Protokolls Nr. 6/2023 vom 04.10.2023

Abstimmungsergebnis:

Ja: 10 Nein: 0 Enthaltung: 2

TOP 3. Baubeschluss – Europaplatz und Weserpromenade am Stockhof
180/2023

Beschlusstext:

Der Rat beschließt den Neubau der Weserpromenade am Stockhof und Europaplatz auf Grundlage der vorliegenden Entwurfsplanung (siehe Anlagen) und die Bepflanzung der Arrondierungsflächen, zu voraussichtlichen Kosten der Maßnahme in Höhe von 4.781.700 € brutto.

Aus der Aussprache:

Herr Reimann vom Planungsbüro hutterreimann landschaftsarchitektur gmbH stellte den Planungsentwurf vor.

(Anmerkung: Die Präsentation zu dem Planungsentwurf ist in PV-Rat bei den Sitzungsdetails der Sitzung vom 23.11.2023 unter der Bezeichnung „Anlage zu TOP 3 ö – Baubeschluss – Europaplatz und Weserpromenade am Stockhof“ einsehbar).

Herr Dr. Hedemann begrüßte die vorgestellte Entwurfsplanung. Er bemerkte, dass der Weserradweg an der Weserpromenade in Höhe des Busparkplatzes sehr schmal sei. Er fragte, ob der Weg breiter geplant werden könne, damit die verschiedenen Verkehrsteilnehmer genügend Platz haben. Weiter fragte er, wie man mit dem Fahrrad nach der Umsetzung von der Innenstadt z.B. zum Energietreff komme. An dem Busparkplatz und an der Sumpflume vorbei sei eher ein Schleichweg.

Herr Reimann erklärte, dass durch das Abfangen des vorhandenen Höhenunterschieds im Bereich des Busbahnhofes durch ein mit einer Mauer eingefasstes Pflanzbeet, ein Zwangspunkt besteht. An dieser Stelle sei die nutzbare Breite ca. 3,7m. Die Verbreiterung würde sehr aufwändig sein, dass der Höhenunterschied ausgeglichen werden müssen. Weiterhin geplant sei eine Mischverkehrsnutzung. Daher müsse auf das schwächste Verkehrsmitglied (Fußgänger) Rücksicht genommen werden. Herr Aden fügte hinzu, dass der Weg an der HSW vorbei auf die Hafenstraße der einfachste sei. Herr Szubin sagte, dass er keine Notwendigkeit für eine Planungsänderung in diesem Bereich sehe.

Herr Limberg fragte, ob die Holzbeläge für die Sitzgelegenheiten bei Hochwasser problematisch seien. Der Schlamm könne sich in den Zwischenräumen absetzen. Weiter wollte er wissen, ob die Weser für Rollstuhlfahrer und Rollstuhlfahrerinnen zugänglich gemacht werde.

Herr Reimann antwortete, dass die Holzbeläge nur für die höheren Ränge vorgesehen seien und deshalb nur bei einem außergewöhnlichen Hochwasser überflutet werden. Das Ufer werde in einigen Bereichen, z.B. der Zugang zu den Weserterrassen, barrierefrei werden.

Herr Zörkendörfer bat um eine Erklärung des Satzes „Zur Deckung wird vorerst ein Teil der Finanzmittel aus dem Denkmalschutz verwendet.“ (S. 3 der Beschlussvorlage). Für ihn sei dies eine Zweckentfremdung der Mittel. Herr Aden erklärte, dass die zwei Fördertöpfe „städtebaulicher Denkmalschutz“ und „lebendiges Zentrum“ gegenseitig deckungsfähig seien und aufgrund von nichtabgerufenen Mittel hier die Möglichkeit der Deckung bestünde. Eine Abstimmung mit dem Fördermittelgeber sei erfolgt.

Frau Albrecht fragte, ob die Holzverkleidung auf den Sitzflächen durchgehend sei. Sie fände eine Abwechslung zwischen Holz und Beton besser. Herr Reimann sagte, dass die Holzverkleidung nicht durchgehend sei, da dies u.a. sehr teuer wäre.

Weiter fragte Frau Albrecht nach dem Kostenunterschied zwischen dem Kleinsteinpflaster und dem Pflaster in der Altstadt. Der Reimann schätze den Preisunterschied auf 10 € - 20 € pro m². Frau Albrecht fragte nach, warum die Altstadtspange mit dem Kleinsteinpflaster und die Weserpromenade mit dem Großsteinpflaster gepflastert

werde. Sie finde das Großsteinpflaster schöner und es sei preisgünstiger. Herr Reimann erklärte, dass die Altstadtspange als Weiterführung der Altstadt dienen solle. Dies solle sich auch in einer ähnlichen Pflasterung wiederfinden. Frau Albrecht bat darum, die durchgehende Pflasterung mit dem Großsteinpflaster aus Kostenaspekten zu prüfen.

Herr Langosch fragte, warum in der Beschlussvorlage die finanziellen Auswirkungen mit „nein“ angegeben seien. Herr Aden erklärte, dass finanzielle Auswirkungen bejaht werden würden, wenn der Rat erst zusätzliche Mittel beschließen müsse. Wenn Mittel bereits vorhanden sind, dann werden finanzielle Auswirkungen verneint.

Herr Egbers fragte, ob man im Bereich des Europaplatzes mit dem Kanu anlegen könne. Ein Anleger sei im Stadtbereich nicht vorhanden, könne aber Touristen in die Stadt bringen. Herr Aden erklärte, dass die rechtl. Anforderungen einer Anlegestelle hoch sind. Herr Egbers sagte, dass ein Absenken der Stufen bereits ausreiche. Herr Reimann sagte, dass ein informeller Ausstieg möglich sei. Für einen informellen Ausstieg spräche aus Sicht von Herr Aden nichts.

Weiter wollte Herr Egbers wissen, ob das Nadelöhr für die Radfahrer nicht doch besser geplant werden könne. Herr Reimann sagte, dass in diesem Fall die Betonbeete und Teile der Mauer abgebrochen werden müssten. Sollten die Beete durch eine Mauer ersetzt werden, könne man lediglich mit 50 cm – 60 cm zugewinnen. Herr Aden betonte die Schutzfunktion der Beete vor Wildparkern. Zudem sei dieser Vorschlag aus Kostengesichtspunkten schwierig umzusetzen.

Herr Paschwitz wollte wissen, ob die Planungen im Bereich der Schiffsanleger mit der Fahrgastschiffahrt abgesprochen sei. Herr Reimann bejahte dies. Die Situation am Anleger werde nicht verändert. Wichtig sei, dass die Anleger für den Schwerlastverkehr zugänglich seien.

Herr Langosch stellte aufgrund des hohen Finanzdefizits den Antrag zur Geschäftsordnung, die Beschlussvorlage in den Finanzausschuss zu schieben. Frau Schultze gab den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 8 Nein: 1 Enthaltungen: 3

Herr Aden fasste zusammen, dass die Beschlussvorlage sehr wohlwollend von den Ausschussmitgliedern aufgenommen worden sei. Die Vorlage werde im dem Finanzausschuss zur weiteren Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

TOP 4.
188/2023

Klimaangepasstes Waldmanagement - Verwendung der Fördermittel

Beschlusstext:

Der Rat beschließt, dass die eingeworbenen und zweckgebundenen Fördermittel in Höhe von 1.025.284 € für Maßnahmen zur Etablierung eines klimaresilienten Stadtwaldes verwendet werden.

Aus der Aussprache:

Herr Szubin stellte die Beschlussvorlage vor.

Frau Albrecht bat die Verwaltung zu prüfen, ob die Verbesserung des Inventars von 2026 auf nächstes Jahr vorgezogen werden könne. Die Bänke und Beschilderungen seien veraltet und müssten dringend saniert oder ersetzt werden. Herr Szubin nahm den Hinweis auf.

Frau Buddensiek fragte, ob es sinnvoll sei, vor Verwendung der Mittel den Finanzausschuss über die genauen Maßnahmen zu informieren. Herr Szubin antwortete, dass

der Finanzausschuss bereits in der Beratungsfolge berücksichtigt worden sei. Zudem gebe es für das Controlling einen Schlussverwendungsnachweis. Herr Aden fügt hinzu, dass eine ex post-Betrachtung am Jahresende sinnvoller sei.

Frau Schultze regte an, dass Herr Bölts die geplanten Maßnahmen im ersten Umweltausschuss des Jahres vorstellen könne. Eine einfache Mitteilung reiche aus. Herr Aden stimmte dem zu.

Frau Schultze gab die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 12 Nein: 0 Enthaltung: 0

TOP 5. Fortschreibung des Landschaftsrahmenplanes

187/2023

Aus der Aussprache:

Herr Szubin stellte die Mitteilungsvorlage vor. Er betonte, dass es sich bei dem Landschaftsrahmenplan nicht um eine „stillschweigende“ Enteignung gehe. Maßnahmen werden auf privaten Flächen nur nach Absprache mit den Eigentümern vorgenommen. Durch den Fachkräftemangel seien auch die Ingenieurbüros unterbesetzt, so dass der Auftrag erst Anfang nächsten Jahres vergeben werden könne.

Herr Aden fügte hinzu, dass der Flächennutzungsplan ebenfalls neu aufgestellt werden müsse. Dies könne aber nur auf Grundlage des neuen Landschaftsrahmenplans geschehen. Seitens der Verwaltung konnte die Fortschreibung, aufgrund von Personalengpässen, nicht früher angestoßen werden.

Herr Limberg fragte, ob die beschlossenen Windenergieanlagen mit dem neuen Flächennutzungsplan in Einklang zu bringen seien. Herr Aden antwortete, dass der Landschaftsrahmenplan keine Auswirkungen auf die geplanten Windenergieanlagen habe.

Frau Buddensiek bemängelte den hohen Kostenrahmen zwischen 200.000 € - 300.000 €. Sie fragte, ob der Landschaftsrahmenplan aufgrund der angespannten Haushaltslage verschoben werden könne. Herr Szubin antwortete, dass die Verwaltung immer bemüht sei, Kosten zu sparen. In diesem Fall sei die Stadt Hameln allerdings verpflichtet, den Landschaftsrahmenplan zu aktualisieren. Er habe den Runderlass beigefügt, in dem die Verpflichtung deutlich werde. Zudem könne ohne Landschaftsrahmenplan kein neuer Flächennutzungsplan erstellt werden. Die städtebauliche Entwicklung können in diesem Fall auch nicht vorangebracht werden. Herr Aden fügte hinzu, dass sich die Stadt ohne einen ordentlichen Landschaftsrahmenplan selbst beschneide. Die Aufgaben der Unteren Naturschutzbehörde seien keine Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung, sondern von der Landesbehörde übertragen worden.

Frau Buddensiek stellte den Antrag zur Geschäftsordnung, den Landschaftsrahmenplan zur Entscheidung dem Finanzausschuss vorzulegen. Frau Schultze gab den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 4 Nein: 4 Enthaltungen: 4

Der Antrag wurde abgelehnt und die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

TOP 6. Erneuerung der Straße „Finkenborner Weg“
209/2022-1

Beschlusstext:

Der Rat der Stadt Hameln beschließt die Erneuerung des „Finkenborner Weges“, ab Beginn des Waldes bis zur Gaststätte Finkenborn (siehe Anlage), zu Baukosten in voraussichtlicher Höhe von 884.000 € zuzüglich 88.400 € an aktivierten Eigenleistungen und stellt diese erforderlichen Haushaltsmittel im Haushalt 2024 zur Verfügung.

Aus der Aussprache:

Herr Szubin stellte die Beschlussvorlage vor.

Herr Zörkendörfer stellte den Antrag zur Geschäftsordnung, die Beschlussvorlage in den Finanzausschuss zu schieben.

Herr Paschwitz sagte, dass sich die notwendige Sanierung durch die neue Kalkulation bereits um ein Jahr verschoben habe. Er fragte, ob dies negative Auswirkungen auf die Kosten (Personal und Material) habe. Herr Szubin antwortete, dass die Zeit gut investiert gewesen sei. Die tatsächlichen Kosten kenne er erst, wenn der Verwaltung Angebote vorliegen. Er vermute aber, dass die Kosten rückläufig sein könnten. Im nächsten Jahr seien die Auftragsbücher der Unternehmen nicht mehr so voll und sinkende Preise seien möglich.

Herr Paschwitz und Herr Limberg konnten nicht verstehen, warum die Mehrheitsgruppe viele Beschlussvorlagen in den Finanzausschuss schieben. Frau Schultze und Herr Langosch erklärten, dass die haushaltsbegleitenden Vorlagen sowieso in den Finanzausschuss müssten. Es sei einfacher, im Finanzausschuss alle Beschlussvorlagen als Gesamtheit des Haushalts bewerten zu können und dort zu beschließen.

Frau Schultze gab den Antrag von Herrn Zörkendörfer, die Beschlussvorlage in den Finanzausschuss zu verschieben, zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 8 Nein: 4 Enthaltungen: 0

Die Entscheidung über die Beschlussvorlage wird in den Finanzausschuss verschoben.

TOP 7. Sanierung der Gemeindeverbindungsstraße Halvestorf/Hope/Haverbeck
135/2023

Beschlusstext:

Der Rat der Stadt Hameln beschließt die Instandsetzung des Gemeindeverbindungsweges zwischen Haverbeck und Halvestorf/Hope (siehe Anlage 1), in Höhe von 526.000 € zuzüglich 52.600 € an aktivierten Eigenleistungen und stellt die erforderlichen Haushaltsmittel im Zuge des Haushalts 2025 zur Verfügung.

Aus der Aussprache:

Herr Szubin stellte die Beschlussvorlage vor.

Herr Dr. Hedemann stellte den Antrag zur Geschäftsordnung, die Beschlussvorlage in den nächsten Finanzausschuss zu verschieben.

Frau Buddensiek sagte, dass die Straße in dem Verkehrsmodernisierungskonzept aufgeführt sei. Sie fragte, warum die Sanierung von 2028/29 vorgezogen worden sei.

Herr Aden antwortete, dass im Rat im Zuge der Haushaltsberatungen für 2023 die Erwartungshaltung geäußert wurde, die Sanierung zu einem früheren Zeitpunkt vorzusehen. Die Verwaltung folge mit dieser Vorlage dem Ratsentscheid.

Frau Schultze gab den Antrag zur Geschäftsordnung, den Beschlussvorschlag in den nächsten Finanzausschuss zu verschieben, zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 12 Nein: 0 Enthaltungen: 0

TOP 8. Straßenreinigungsgebühren Fußgängerzone

191/2023

Beschlusstext:

Die Gebühren für die Straßenreinigung in der Fußgängerzone betragen unverändert 35,00 € je Meter Straßenfront.

Aus der Aussprache:

Herr Szubin stellte die Beschlussvorlage vor.

Frau Schultze gab den Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 12 Nein: 0 Enthaltung: 0

TOP 9. Sachstandsbericht zu der Betriebsabrechnung 2022 der Friedhöfe

179/2023

Aus der Aussprache:

Herr Szubin stellte die Mitteilungsvorlage vor.

TOP 10. Haushaltsentwurf 2024

Aus der Aussprache:

Herr Szubin gab den Ausschussmitgliedern Gelegenheit, Fragen zu dem Haushaltsplanentwurf 2024 zu stellen.

Herr Langosch und Herr Dr. Loeding stellten Fragen zu dem Stellenplan. Herr Langosch wollte wissen, ob die lfd. Nr. 25 die Mehrarbeit durch den Glasfaserausbau abdecke. Herr Dr. Loeding fragte, ob die lfd. Stellen 21-23 nicht auf eine Vollzeitstelle reduziert werden könne. Herr Aden sagte, dass der Stellenplan im Finanzausschuss behandelt werden. Die Fragen werden über das Protokoll beantwortet.

(Anmerkung:

Stellen 21-23: 2,77 VZÄ für die Immissionsschutzbehörde, die Naturschutzbehörde sowie die Wasserbehörde: die erwarteten Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen, PV-Anlagen sowie deren nachfolgende Überwachung, die Ausweisung von Überschwemmungsgebieten, die Landschaftsrahmenplanung mit nachfolgender Schutzgebietsausweisungen sind ohne personelle Verstärkung der Abteilung 51 nicht darstellbar und stellen auch nach Prüfung durch die Orga, Abt. 11, den Mindestumfang dar.

Stelle 25: Die Aufstockung um 0,5 VZÄ im Bereich Straßenwesen ist unabdingbar, weil die umfangreiche Aufbruchtätigkeit durch die Breitbandverkabelung, den Ausbau der Fernwärme und die Verstärkung der Elt-Leitungen aber auch umfangreichere Bearbeitungen im Bereich der Sondernutzungssatzung sowie bei der Bearbeitung von Förderanträgen ohne zusätzliche Verwaltungszuarbeit nicht mehr leistbar ist.)

Herr Limberg fragte, warum der Posten für Sach- und Dienstleistungen für 2024 mit 6 Millionen Euro so hoch sei. Herr Aden antwortete, dass zB durch die vielen unbesetzten Stellen und langfristig Erkrankten im Betriebshof viele Aufgaben fremd vergeben werden müssten. Aber auch die Umrüstung der Straßenbeleuchtung und die Ausschreibung des Landschaftsrahmenplans haben auf diesen Finanzposten Auswirkungen.

TOP 11. 166/2022-1 Energieeinsparung durch Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung in allen Hamelner Ortsteilen, Gewerbegebieten und an diversen Fuß- und Radwegen hier: Fristverlängerung

Beschlusstext:

Bis zur Beschlussfassung der Grundsatzentscheidung einer gänzlichen Entfristung und des weiteren Ausbaus der Nachtabschaltung (i.S. Vorlage 166/2022-2) im Rat der Stadt Hameln am 15.05.2024 wird aufgrund der sinnvollen und notwendigen Beteiligungen der Ortschaften die gegenwärtige Befristung der beschlossenen Nachtabschaltung (29.02.24) bis zum 30.04.2024 verlängert.

Aus der Aussprache:

Herr Szubin stellte die Beschlussvorlagen 166/2022-1 und 166/2022-2 vor.

Frau Albrecht stimmte der Befristung bis Mai zu. Allerdings sollten auch die Ortsteile Wangelist und Rohrsen in die Beratungsfolge aufgenommen werden.

Herr Limberg erkundigte sich, wann die Objektbeleuchtung in der Altstadt wieder angeschaltet werde. Herr Aden sagte, dass die Verwaltung die Umsetzung aktuell durchführe.

Herr Langosch sagte, dass die Nachabschaltung im Rahmen der hohen Energiepreise notwendig geworden sei. Diese Notlage sei jetzt vorbei und für die Mehrheitsgruppe stehe nun das subjektive Sicherheitsgefühl im Vordergrund. Daher werden eine Verlängerung der Nachtabschaltung von der Mehrheitsgruppe abgelehnt.

Herr Pfisterer fragte, ob anstatt einer Nachabschaltung eine vollständige LED-Umrüstung angestrebt werden sollte. Herr Aden antwortete, dass zurzeit neben der Nachtabschaltung auch die LED-Umrüstung umgesetzt werde.

Herr Egbers sprach sich für eine Abschaltung aus. Er fragte, wie viel Energie mit der Nachtabschaltung eingespart werden könne. Er machte den Vorschlag, dass jede zweite Lampe in der Nacht abgeschaltet werden könne. Herr Aden verwies bei der Einsparung auf die Begründung der Vorlage 166-2022/2. Die Abschaltung jeder zweiten Lampe könne aus versicherungsrechtlichen Gründen nicht durchgeführt werden.

Herr Paschwitz stimmte den Beschlussvorlagen zu. Eine Erhöhung der Kriminalitätsrate konnte nicht festgestellt werden.

Herr Langosch räumte ein, dass auch die ökologischen Faktoren eine Rolle spielen. Allerdings habe sich die Sachlage geändert. Er könne sich Nachtabschaltungen in der Zukunft vorstellen.

Herr Fiebrandt führte aus, dass er von jungen Frauen angesprochen worden sei. Diese fühlten sich unter der Nachtabschaltung nicht mehr wohl. Er könne eine Abschaltung in der Innenstadt nicht mittragen.

Herr Limberg zeigte Unverständnis für diese Entscheidung der Mehrheitsgruppe und stimmte der Vorlage zu.

Herr Zörkendörfer erklärte, dass diese Entscheidung für die Mehrheitsgruppe nicht einfach sei. In Fulda werde eine Nachtabschaltung durchgeführt. Dort werden z.B. Prämien an Ladenbesitzer vergeben, die ihre Schaufenster in der Nacht nicht beleuchten. Er verwies zudem auf die nächtliche Sturzgefahr hin, die z.B. durch Schlaglöcher resultiere.

Frau Albrecht kritisierte die Grundsatzdiskussion. Es sei zu vertreten, erst im Mai über die Nachtabschaltung zu entscheiden, nachdem die Meinung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Ortsräte eingeholt worden sei.

Herr Aden stellte klar, dass bei einer Ablehnung der Beschlüsse die Nachtabschaltung auch in den nächsten Jahren vom Tisch sei.

Frau Schultze gab den Beschlussvorlage 166/2022-1 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 4 Nein: 8 Enthaltung: 0

**TOP 12. Energieeinsparung durch Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung in allen
166/2022-2 Hamelner Ortsteilen, Gewerbegebieten und an diversen Fuß- und Radwegen
hier: Entfristung der beschlossenen Nachtabschaltung**

Beschlusstext:

Die vom Rat im November 2022 beschlossene Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung (Vorlage 166/2022) in allen Hamelner Ortsteilen, Gewerbegebieten sowie an diversen Fuß- und Radwegen in der Zeit von 23 bis 5 Uhr (Freitag-/Samstagnacht 24 bis 5 Uhr) wird unbefristet fortgesetzt und weiter sukzessive im gesamten Stadtgebiet unter Beachtung der Verkehrssicherungspflicht ausgebaut.

Aus der Aussprache:

Siehe Beschlussvorlage 166/2022-1

Frau Schultze gab die Beschlussvorlage 166/2022-2 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 4 Nein: 8 Enthaltung: 0

**TOP 13. Zukünftige Verkehrsführung von der Goethestraße auf die Wilhelm-Busch-
154/2023 Straße**

Beschlusstext:

- A) An der bestehenden Verkehrsführung wird keine Veränderung vorgenommen, das Abbiegen auf die Wilhelm-Busch-Straße bleibt weiterhin erlaubt.
- B) Die bestehende Verkehrsführung wird dahingehend geändert, dass ein Abbiegen des Kfz-Verkehrs auf die Wilhelm-Busch-Straße nicht mehr möglich ist.

Aus der Aussprache:

Herr Szubin stellte die Beschlussvorlage vor.

Frau Hart stellte den Antrag zur Geschäftsordnung, über die Schließung der Goethestraße eine Bürgerbefragung in den umliegenden Straßen durchzuführen. Durch die Sperrung werde die hohe Verkehrsbelastung lediglich auf die umliegenden Straßen verteilt.

Herr Dr. Hedemann entgegnete, dass bereits Bürgerversammlungen, z. B. im Schillegymnasium, durchgeführt worden seien. Er sehe ein erhöhtes Verkehrsaufkommen lediglich in der Straße Gänsefüße. Die Mehrheitsgruppe spreche sich für die Variante B - bestehende Verkehrsführung wird dahingehend geändert, dass ein Abbiegen des Kfz-Verkehrs auf die Wilhelm-Busch-Straße nicht mehr möglich ist – aus.

Herr Aden gab zu bedenken, dass bei einer 50:50 Entscheidung der Rat trotzdem entscheiden müsse. Eine Bürgerbefragung vereinfache die Entscheidungsfindung nicht. Zudem müsse der Rat vorher die Frage(n) beschließen. Die Bildung eines Arbeitskreises sei notwendig. Somit müsse mit einer Verzögerung von 6 – 9 Monaten gerechnet werden.

Herr Paschwitz erkundigte sich, wie eine verkehrsbauliche Änderung aussehen könnte, damit ein Linksabbiegen nicht mehr möglich sei. Herr Szubin sagte, dass in diesem Bereich vornehmlich Fahrbahnmarkierungen aufgebracht werden. Zudem werde eine Aufenthaltsfläche für Fahrradfahrer rot markiert.

Herr Zörkendörfer bat die Fraktion der CDU darum, Anträge das nächste Mal als Tischvorlage einzureichen. Es gab hierzu ausreichend Zeit.

Herr Pfisterer sprach sich für mehr Kontrollen der durchfahrenden Autos und der Parkplätze aus.

Frau Schultze regte an, dass die Verwaltung eine Evaluation ausarbeite. Darin könne auch die Verkehrsbelastungen auf den umliegenden Straßen bewertet werden.

Frau Hart bemängelte, dass nur zwei Varianten zum Beschluss vorgeschlagen worden seien. Weitere Möglichkeiten seien denkbar gewesen.

Frau Schultze stellte Antrag von Frau Hart, die Entscheidung über die Beschlussvorlage auszusetzen. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Bürgerbefragung für die Bewohner der umliegenden Straßen vorzubereiten. Der Fragebogen soll vor der Durchführung dem Umweltausschuss zur Entscheidung vorgelegt werden, zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 3 Nein: 9 Enthaltungen: 0

Frau Schultze gab die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

A) Ja: 1 Nein: 9 Enthaltungen: 2
B) Ja: 9 Nein: 2 Enthaltungen: 1

TOP 14. Liste der zu fällenden, das Stadtbild prägenden Bäume im Winterhalbjahr
189/2023 2023/2024

Aus der Aussprache:

Herr Szubin stellte die Mitteilungsvorlage vor. Mit der vorhandenen Personalausstattung wird es nicht möglich sein, die Pflanzungen zeitnah vorzunehmen. Dieser Umstand wird sich nach der Einschätzung von Herrn Szubin, aufgrund des Klimawandels, in den kommenden Jahren verschärfen.

TOP 15. Projektberichte zu Maßnahmen im Fachbereich Umwelt und technische Dienste
186/2023

Aus der Aussprache:

Herr Szubin stellte die Mitteilungsvorlage vor. Der Wilhelmsplatz sei fertiggestellt worden und werde am 07.12.23 eingeweiht. Mit der Baumaßnahme Weserradweg/Jugendherberge werde zu Beginn des nächsten Jahres begonnen. Bei der Sanierung des Weserradwegs Wehrbergen Ost entstehen durch schlechte Bodenverhältnisse

Mehrkosten.

TOP 16. Mitteilungen der Verwaltung

Aus der Aussprache:

Herr Szubin berichtete über das Wiederbesetzungsverfahren im Fachbereich 5. Die Situation bleibe weiter angespannt. Obwohl in der Forstabteilung alle Stellen besetzt seien, bestehe aufgrund des geringen Personalschlüssels die Gefahr, dass Verkehrs-sicherungsmaßnahmen nicht vollumfänglich durchgeführt werden können. Auch im Bereich der Abteilung „Stadtgrün“ ist aufgrund der Vielzahl der Großprojekte ein Stellenmehrbedarf nicht ausgeschlossen.

(Anmerkung: Die Präsentation ist in PV-Rat bei den Sitzungsdetails der Sitzung vom 23.11.2023 unter der Bezeichnung „Anlage zu TOP 16 ö – Wiederbesetzungsverfahren FB 5“ einsehbar).

Herr Szubin informierte über den Abschluss des European Heritage Training Course auf dem Garnisonfriedhof.

(Anmerkung: Die Präsentation ist in PV-Rat bei den Sitzungsdetails der Sitzung vom 23.11.2023 unter der Bezeichnung „Anlage zu TOP 16 ö – Garnisonfriedhof- Sachstand Einsatz der European Heritage Volunteers“ einsehbar. Ein Bericht des Projekts ist unter „Anlage zu TOP 16 ö – European Heritage Training Course“ zu finden).

Herr Szubin informierte über die Vereinbarung K+S mit der Hamelner Erklärung e.V. zur Reglementierung der Salzeinleitung in die Weser. Die geänderte Vereinbarung wird seitens der Stadt unterzeichnet.

(Anmerkung: Die Präsentation ist in PV-Rat bei den Sitzungsdetails der Sitzung vom 23.11.2023 unter der Bezeichnung „Anlage zu TOP 16 ö – Vereinbarung K+S mit der Hamelner Erklärung e.V.“ einsehbar. Die Vereinbarung ist unter „Anlage zu TOP 16 ö – Vereinbarung Hamelner Erklärung mit K+S zu finden).

Herr Szubin berichtete über den Sachstand zum Hochwasserschutz.

(Anmerkung: Die Präsentation ist in PV-Rat bei den Sitzungsdetails der Sitzung vom 23.11.2023 unter der Bezeichnung „Anlage zu TOP 16 ö – Sachstand Hochwasserschutz“ einsehbar).

Herr Szubin stellte die Ergebnisse der Amphibiensammlungen an der Klütstraße 2023 vor. Dabei machte er auf die sinkende Männchenfunde bzw. das gestörte Geschlechterverhältnis aufmerksam. Dadurch sei mittelfristig die Erdkrötenpopulation an der Klütstraße gefährdet.

(Anmerkung: Die Präsentation ist in PV-Rat bei den Sitzungsdetails der Sitzung vom 23.11.2023 unter der Bezeichnung „Anlage zu TOP 16 ö – Amphibiensaison 2023“ einsehbar. Der vollständige Bericht ist unter „Anlage zu TOP 16 ö – Bericht zur Amphibiensaison Klütstraße 2023“ zu finden).

Herr Szubin lud zur Abstimmung der Leitlinien des Klimaanpassungskonzeptes am 25.01.24 ein. Eine persönliche Einladung werde folgen.

(Anmerkung: Die Präsentation ist in PV-Rat bei den Sitzungsdetails der Sitzung vom 23.11.2023 unter der Bezeichnung „Anlage zu TOP 16 ö – Klimaanpassung“ einsehbar).

Herr Szubin berichtete über die Erhebung der Zustimmung der Bevölkerung zum Ausbau der Fahrradinfrastruktur.

(Anmerkung: Die Präsentation ist in PV-Rat bei den Sitzungsdetails der Sitzung vom 23.11.2023 unter der Bezeichnung „Anlage zu TOP 16 ö – Fahrradinfrastruktur in Niedersachsen“ einsehbar).

Herr Szubin informierte den Ausschuss, dass Teile der Stadt Hameln im Präferenzraum des geplanten Rhein-Main-Links liegen. Deshalb tritt die Stadt dem Ausschuss „Rhein-Main-Link“ bei.

(Anmerkung: Die Präsentation ist in PV-Rat bei den Sitzungsdetails der Sitzung vom 23.11.2023 unter der Bezeichnung „Anlage zu TOP 16 ö –Rhein-Main-Link“ einsehbar).

Herr Aden verabschiedete sich und bedankte sich bei den Ausschussmitgliedern für die gute Zusammenarbeit.

TOP 17. Anfragen, Anregungen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder

Aus der Aussprache:

Herr Dr. Hedemann kritisierte die Vorgehensweise bei der Verlegung der Glasfaserkabel in Hameln. Die Verlegungstruppen hinterlassen schwierige Straßenverhältnisse. Herr Szubin sagte, dass momentan rund 50 Arbeitstruppen im Stadtgebiet aktiv seien, um die Kabelarbeiten durchzuführen. Die Verwaltung komme verkehrsrechtlich und straßenbaulich nicht hinterher, die massiven Schäden zeitnah nachzugehen und aufzuarbeiten. Ein Ingenieurbüro sei zur Kontrolle eingeschaltet worden.

Herr Limberg fragte, ob das Missverhältnis der Erdkrötengeschlechter repräsentativ sei. Weiter fragte er, ob dies auch aufgrund hormoneller Substanzen der Fall sein könne.

Anmerkung: Das Missverhältnis der verschiedenen Geschlechter an der Klütstraße ist ein Einzelfall. Bei anderen Amphibiensammlungen im Landkreis ist dieses Missverhältnis nicht bekannt.

Frau Albrecht fragte, ob die Baustelle im Langen Feld auch aus der Glasfaserkabelverlegung resultiere. Bei der Fa. Siegfried entstehe täglich ein langer Stau. Herr Szubin antwortete, dass er die Ursache in Erfahrung bringen werde.

Anmerkung: Es wurde der Kontakt mit der Baufirma gesucht. Die Herausforderung ist, dass Mindestmaße der Straßenverkehrsordnung eingehalten werden müssen. Derzeit werden Maßnahmen zur Optimierung ausgearbeitet.

Anmerkung:

Herr Paschwitz wollte wissen, ob die Stadt Hameln oder das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Weser für die Sauberkeit am Weserufer im Bereich der Pfortmühle zuständig sei. Dies solle im nächsten Umweltausschuss vorgestellt werden.

gez. Aden

gez. Schultze

gez. Henschel

Erster Stadtrat

stellv. Ausschussvorsitzende

Protokollführung